PB.W-01-694

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Rhein-Pfalz-Kreis
Beschlussdatum:	15.04.2021

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 693 bis 694 einfügen:
gemeinsam mit einzelnen Staaten. National gehen wir gegen Gewinnverschiebungen mit einer verschärften Zins- und Lizenzschranke und mit Quellensteuern vor.

Wir fördern die Binnennachfrage

Im letzten Jahrzehnt stützte sich die deutsche Wirtschaft zu wenig auf die Binnennachfrage. Konjunktur und Wachstum beruhten fast ausschließlich auf Exportüberschüssen. Eine nachhaltige Steigerung der Binnennachfrage stärkt die deutsche Wirtschaft und stellt sie auf ein zukunftssicheres Fundament. Um die Binnennachfrage anzukurbeln, setzen wir uns neben staatlichen Investitionen in die sozial-ökologische Erneuerung für die goldene Lohnregel ein. Diese besagt, dass die Reallöhne wie die Produktivität steigen sollen. Alle Arbeitnehmer sollen vollständig am Produktivitätsfortschritt beteiligt werden. Daher wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Der Mindestlohn muss automatisch und dauerhaft so steigen, dass er die Teilhabe der unteren Lohngruppen am Produktivitätsfortschritt sichert. Auch der öffentliche Dienst ist kontinuierlich am Produktivitätswachstum zu beteiligen. Das fördert die Binnennachfrage und ist neben dem Abbau von Stellenbefristungen ein Mittel gegen Personalknappheit in diesem Bereich.

Begründung

- Das Thema Löhne wird zwar im Programm behandelt, allerdings im Kapitel Solidarität. Das ist sicherlich richtig, aber nicht nur. Löhne sind nicht nur ein Thema der Gerechtigkeit und der Teilhabe, sondern auch ein eminent wichtiger Nachfragefaktor einer jeden Marktwirtschaft. Die Nachfrage vom Exportsektor ist bei jährlichen Exportüberschüssen von 250 MRD. Euro dagegen ausgereizt. Ein Weiter so kann und soll es nicht geben.
- Im Zusammenhang mit der Coronakrise fordern viele eine Solidarität mit Soloselbständigen und Kulturschaffenden durch Lohnzurückhaltung. Wer einen sicheren Arbeitsplatz hat, soll sich in Bescheidenheit üben, so der weitverbreitete Tenor. Selbst den überlasteten Pflegekräften blieb nur der „Applaus“. Eine solche Sichtweise ist makroökonomisch völlig falsch. Löhne sind aus unternehmerischer Sicht zwar ein Kostenfaktor, aus volkswirtschaftlicher ist das zu kurz gegriffen.
- Haben die Beschäftigten eine Aussicht auf Lohnsteigerungen, werden sie sicherlich auch die unumgänglichen Zumutungen im Kampf gegen den Klimawandel eher akzeptieren.